

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 1/56. Jahrgang

Januar 2025

Schutzgebühr: 0,40 €

## 2024 war kein gutes Jahr für Lohnabhängige

Ob bei VW, Bosch, Thyssenkrupp oder Continental, überall war Arbeitsplatzabbau, Werksschließungen und Lohnraub die stereotype Antwort der Bosse auf Krise und Transformation. Während hunderttausende Kolleginnen und Kollegen um ihre Jobs bangten und in eine ungewisse Zukunft schauten, knallten an der Börse die Champagner-Korken.

Der DAX hatte trotz Wirtschaftskrise am Jahresende erstmals die 20.000-Punkte-Marke geknackt. Schon im vergangenen Jahr schüttete der Allianz-Konzern mehr als 4 Mrd. Euro an Dividenden aus. Übertroffen wurde dies noch von Daimler-Benz mit 5,3 und BMW mit 4,4 Mrd. Euro. Und auch VW-Aktionäre konnten sich noch im Juni dieses Jahres über 4,5 Mrd. Euro Dividende freuen. Schon zwischen 2021 und 2023 kassierten die Coupon-Schneider, trotz der damals bereits absehbaren Krise, etwa 22 Mrd. Euro an Dividenden.

Das erklärt auch, warum ausgerechnet Oliver Blume, Chef der Volkswagen AG, mit einem Jahresgehalt von 10,32 Mio. Euro 2024 Deutschlands bestbezahlter Manager war. Die neun Mitglieder des VW-Vorstands erhielten zusammen über 40 Mio. Euro.

VW ist kein Einzelfall. Im vergangenen Jahr haben die Vorstände von Deutschlands großen Börsenkonzernen so viel verdient wie nie zuvor. Im Schnitt stieg deren Vergütung um 11%, was durchschnittlich 2,65 Mio. Euro entspricht.

2025 soll die Party weitergehen. Denn entscheidender als die wirtschaftliche Lage hierzulande ist, dass die großen DAX-Konzerne weltweit aktiv sind, „dass sie Kosmopoliten sind, mit guten Geschäftsmodellen“, argumentierte beispielsweise Robert Halver von der Baader Bank bei Bekanntwerden des Allzeithochs. Daher könne man von den Niederungen des Nationalstandorts abstrahieren. „Und das ist der Grund, warum die Aktienkurse weiter steigen“, so der Banker. Bei solchen Profitaussichten nimmt man dann auch die Deindustrialisierung eines ganzen Landes billigend in Kauf.

Ulf Immelt

Wohnungsnot und Gießener Fernwärme	S. 2
Kall, mei Drobbe: Notfallfonds	S. 3
Anschlag in Magdeburg	S. 5
Internationales: Ukraine, Gaza, Weltklimakonferenz, Milliarden für Waffen	S. 6 + 7

Wir wünschen ein **friedliches, gesundes und doch kämpferisches Jahr 2025**



„Das große Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.“  
Bert Brecht.

Lasst uns reden, diskutieren, und alles tun, um das zu verhindern. Eine bessere Welt ist möglich!!

Rote Grüße,  
euer Kreisvorstand DKP  
Gießen und Echo-Redaktion

**Für Frieden und Sozialismus! DKP**

# Verursacher der Wohnungsnot: Stadtregierung

In Gießen gibt es zu wenig bezahlbaren Wohnraum und das nicht ohne Grund. Da wäre die **Sozialquote**, also der Anteil von öffentlich geförderten Wohnungen an privaten Bauprojekten: Bis 2016 hatte die zuständige Grüne-Dezerntin Weigel-Greilich den Immobilienfirmen freie Hand gelassen, was den Bau von Sozialwohnungen betrifft (Schlachthof, Bergkaserne, Güterbahnhof). Es wurden keine gebaut. Auch bei späteren Bauaufträgen (Rottberg, Fasanenweg, Licher Straße) forderte sie keine sozial gebundenen Wohnungen ein,

wie es eigentlich in der Magistratsvereinbarung 2021 festgelegt war.

Da wäre der **Wohnungs-Leerstand**: Im April 2024 ließ der Magistrat verkünden: „Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass seitens der Stadtverwaltung das Phänomen des Wohnungsleerstands derzeit als nicht problematisch eingeschätzt wird“ (Gießener Anzeiger, 10.4.2024). Dagegen schätzt der Sprecher des Gießener Mieterbundes, Stefan Kaisers, die Zahl der leer stehenden Geschosswohnungen auf 300. Der Mieterverein fordert eine verpflichtende Satzung, um Leerstand zu melden, wie in anderen Städten.

Da wäre der **Miet-spiegel**: Von 2011 7,57 Euro/m<sup>2</sup> sind die Durchschnittsmieten bis 2024 auf 13,61 Euro/m<sup>2</sup> geklettert. Der Miet-spiegel selbst birgt die Gefahr, dass Mieten erhöht werden, da Vermieter sich an dem steigenden Mietspiegel orientieren, um ihre niedri-

geren Mieten anzupassen. Da hilft auch keine **Mietpreisbremse**.

Da wäre die **Sozialbindung** (Zuständigkeit: Landesregierung). Jährlich fallen mehr Wohnungen aus der Sozialbindung als neue gebaut werden. Sozialbindung heißt, dass die Mieten frühestens nach 15 bis 20 Jahren Preisbindung erhöht werden können. Zwar kauft die Stadt teure Sozialbindungen auf, aber dadurch entsteht nicht mehr Wohnraum.

Große Sprünge können sowieso nicht unternommen werden, wenn nicht die bewusste finanzielle Austrocknung der Kommunen durch die Landes- und Bundesregierung beendet wird. Dort sind andere Prioritäten gesetzt, wie das „Hessengeld“, das Immobilienbesitz fördert, aber keinen preiswerten Wohnraum – oder die Militärausgaben, Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals usw.

Ausreichend Wohnraum und bessere Lebensbedingungen in einer profitorientierten Gesellschaft entstehen nur durch gemeinsamen Widerstand der Betroffenen, Gewerkschaften und Mieterorganisationen gegen diese Politik der herrschenden Klasse.

M. Berger



## Gießener Fernwärme ist zu teuer

Im Vergleich mit anderen deutschen Städten liegt der Preis für Fernwärme in Gießen im oberen Drittel. Einen nachvollziehbaren Grund dafür gibt es nicht. Im Internet geben die Stadtwerke an, nur ein geringer Teil der Wärme werde mit teurem Erdgas erzeugt. In den beiden großen Heizwerken wird Industriemüll verbrannt, in anderen Holzschnittel. Was im Internet nicht verraten wird: Der Preis für Fernwärme wird nicht aus den Kosten berechnet, sondern mithilfe sogenannter Indizes. Maßgeblich sind dafür der Erdgaspreis, auch wenn nur wenige Prozent der Wärme mit Erdgas erzeugt werden, und die Preisentwicklung auf dem bundesweiten Wärmemarkt. Fernwärme ist für die Stadtwerke wohl eine lukrative Geldquelle. Profit

sollte aber nicht das Ziel eines Betriebes sein, der zu 100% der Stadt – also uns allen – gehört.

Beim Ziel der Klimaneutralität könnte Fernwärme ein wichtiger Faktor sein. Die Kommune kann Wärmequellen erschließen, die dem einzelnen Bürger oder Betrieb nicht zugänglich sind. In jeder Stadt gibt es ungenutzte Wärmequellen. Das Abwasser ist deutlich wärmer als die Umgebungstemperatur – hier könnten Wärmepumpen zum Einsatz kommen. In Rechenzentren und Kühlhäusern gibt es Abwärme, die ungenutzt an die Umgebung abgegeben wird. Gut ist das Vorhaben der Stadtwerke, mit einer Wärmepumpe das Lahnwasser zu nutzen. Leider liefert diese Quelle am meisten Wärme, wenn am wenigsten ge-

braucht wird – im Sommer.

Jeder, der sich bei der Wärmeversorgung für seine Immobile für Fernwärme entscheidet, geht zur Zeit noch ein unkalkulierbares Risiko ein. Er ist auf einen einzigen Versorger angewiesen und kann nicht wie bei Gas, Öl oder Strom zwischen verschiedenen Anbietern wählen. Er muss sich darauf verlassen, dass sein Versorger die Abhängigkeit nicht zu Preiserhöhungen nutzt. Bis jetzt kann man in Gießen nicht sicher sein, dass man nicht mehr bezahlt als die Wärmeerzeugung kostet. Die Stadtwerke sollten ihre Kalkulation offenlegen und nicht mit undurchschaubaren Indizes argumentieren.

Gernot Linhart

# Kurz und Gießen

Kall,  
mei Drobbe!



## Stadtregierung: große Sprüch' – nix dahinner

Ein Notfallfonds von 120.000 Euro für Stromschuldner wurde im Stadtparlament beschlossen. Mit großer Presse und Pipapo. Die fraktionslose DKP-Stadtverordnete Martina Lennartz fragte nach, wie effektiv diese magere Hilfe eingesetzt wurde. Die Antwort: Gar nicht! Bis jetzt wurden keine Stromschulden beglichen. Dabei gab es fast 300 Haushalte ohne Strom. Die Sperrdauer habe maximal fünf Tage gedauert, berichtete Sozialdezernent Arman.

Er redete sich heraus, die Hilfen des Landeshaushalts und weitere Maßnahmen hätten gegriffen. Man hätte aber die gesamte Sperrdauer verhindern können, wenn die Stadt schnell mit dem Härtefallfond eingegriffen hätte. Man stelle sich eine vierköpfige Familie vor, der fünf Tage lang die Wohnung kalt geworden ist. Das grenzt an Kindesmisshandlung. Warum wurden die Stadtwerke nicht beauftragt, rechtzeitig auf den Härtefallfonds mit

Merkblättern hinzuweisen? Denn bei den Stadtwerken beginnt diese Abstrafung der Armut. Davon abgesehen verursachen die Sperrung und anschließende Entsperrung des Anschlusses zusätzliche Kosten, die durch vorherige Abhilfe vermeidbar wären.

Wie es aussieht, ist die "Hilfe" heiße Luft!

## Gedanken eines Lesers zur bevorstehenden Wahl

Da sich alle Parteien im Bundestag zur Mitte erklären, zwar nicht immer so ganz offen, aber alle aus dem einen Napf in der Mitte fressen wollen, denn die anderen sind ja bäh, müssen ein paar Mitesser weggeschubst werden. Der derzeit noch Größte von den Kleinen gibt dann vor, wer mitschmatzen darf. Vorher schaut er sich noch an, wer von den Mitessern ihn selbst nicht zu sehr bekleckert und welche Geschenke sie ihm anbieten.

Denkt an einen Basar. Das kommt der Sache schon sehr nahe.

Und irgendwo im Hintergrund sitzt jemand, den sie feixend "soverän" nennen. Aber das ist nur der doofe Alte, der sowieso nichts mehr mitbekommt. Der freut sich immer noch über die alten Märchenkassetten, die man ihm vorspielt.

So sind alle glücklich und zufrieden. Und wehe dem, der diesen Frieden stören will.

Alles sehr unappetitlich. Darum muss man sich auch oft die Finger waschen. Natürlich in Unschuld.

Aber keiner weiß woran es liegt, dass die Pfoten trotz des vielen

Waschens nie sauber werden.

Es stört sich aber keiner daran. Denn wer darauf hinweist, ist ein Verfassungsfeind oder, neu im Angebot, ein Verschwörungstheoretiker.

Ja, die Begriffe ändern sich. Aber sonst nix.

Etwas ändern? Das wäre das Ende. Von wem? Von was?

Auf ein neues Jahr, das voraussichtlich nur neu, aber nicht anders wird. Vielleicht schlechter. Fangt es trotzdem gut an.

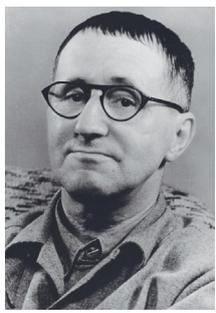
## Jahresabschlussfeier der DKP Gießen

Auch in diesem Jahr feierte die DKP Gießen mit Freunden und Sympathisanten den Jahresabschluss im Chamäleon. Über 50 Leute schauten sich den ereignisreichen Jahresrückblick im Film an. Jeder erhielt ein „Notfall-Set“ mit Ideen und Leckereien für den weiteren gemeinsamen Kampf. Denn 2024 war kein gutes Jahr für „unser“ Land, für seine Rolle in Europa und der Welt, für die Werktätigen, die Rentnerinnen und Rentner, die Arbeitslosen, die Jugend und die Kinder. Kriegstüchtig soll Deutschland werden. Dieses Ziel bestimmt den Kurs der herrschenden Politik in allen Bereichen. Und das spüren wir auch - an Teuerung, an maroder Infrastruktur, kaputtem Bildungs-, Gesundheitswesen. Dem werden wir uns entgegenstellen. Dafür haben wir an diesem Abend Kraft geschöpft.

## Gebt keinen euresgleichen auf!

Wie immer sie euch mitspielen  
Gebt keinen euresgleichen auf!  
Der Bauer, der den steinigen Acker gepflügt hat  
Mag euch mißtrauen wie einem Viehhändler  
Und euch aus seiner Tür jagen:  
Der ein Pferd zu wenig hat  
Hat Ohren euch zu hören.  
Gebt keinen euresgleichen auf!  
Der Arbeiter, der die Maschine geölt hat  
Die ihm nicht gehört,  
mag euch verraten  
Viermal, dann vertraue ihm das fünfte Mal!  
Gebt keinen euresgleichen

auf!  
Der Soldat, dem der Sieg nichts nützt  
Mag seine Oberen fürchten und euch  
An das Rad des Geschützes binden, dennoch  
Ist er euer Helfer an dem bestimmten Tag  
Wo ihr ihm die Augen geöffnet habt:  
Gebt keinen euresgleichen auf!  
Ihrem Feind folgen sie, wenn sie blind sind  
Aber euch folgen sie, wenn sie sehen.  
Gebt keinen euresgleichen auf!



Bertolt Brecht

# Ofen aus in Staufenberg-Mainzlar

Noch 2023 wurden in das über 100-jährige Schamotte-Werk der österreichischen RHI Magnesita AG über 11 Mio. Euro investiert, ein Tunnelofen generalüberholt, projektiert für eine Nutzungsdauer von 20 Jahren. Sogar den Bahnanschluss, Teil der stillgelegten Lumdatabahn, reaktivierte man. Finanzierung: 1,3 Steuermillionen, hauptsächlich Landesmittel, ein Teil jedoch auch vom Landkreis und der Stadt Staufenberg. Bereits 2016 wurde, um nach Stilllegung der Bahn die Anfahrt mittels Lkw zu erleichtern, ein Durchstich von der Ortsumgehung Daubringen/Mainzlar zur Didierstraße inklusive Lumdabrücke gebaut.

Scheinbar rosige Aussichten für die Belegschaft von zu diesem Zeitpunkt ca. 130 Mitarbeitern. In der Vergangenheit hatte das einstige Didier-Werk aufgrund von Eigentümerwechsel, Umstrukturierungen und konzerninterner Konkurrenz bereits mehrmals, zuletzt 2022, auf der Kippe gestanden. Landespolitiker und Management ließen sich von der *hessenschau* feiern und malten eine strahlende Zukunft.

Anfang November jedoch die kalte Dusche für die Belegschaft: Laut *Industriegewerkschaft Bergbau Chemie*

*Energie* informierte man die verbliebenen rund 100 Mitarbeiter in einem „Townhall Meeting“ über ihre bevorstehende Arbeitslosigkeit. Ein Ofen sei bereits abgestellt und die Abschaltung der übrigen stehe unmittelbar bevor. Das macht eine erneute Rettung des Werks nahezu unmöglich, da ein Erkalten der Tunnelöfen zu deren Zerstörung und somit zum Totalverlust der Investition des vergangenen Jahres führt.

Wieder einmal wurden Steuergelder sinnlos verschwendet und die betroffenen Menschen dennoch im Regen stehen gelassen.

Werksschließungen wie diese dürften allerdings erst der Anfang vom Ende energieintensiver Industrien sein, nachdem die USA die BRD durch ihren Anschlag auf die Nord-Stream-Röhren von kostengünstigem Erdgas abschneiden konnten. Und jenseits des Atlantiks erreichen die Aktienkurse Rekordhöhen.

Das sind die Folgen davon, dass Politik von privatwirtschaftlichen Interessen bestimmt wird. Dies muss überwunden werden. Dafür steht die DKP.

Michael Drees



## CDU/SPD Hessen: weniger Bürgerbeteiligung, weniger Gruppen in Stadtparlamenten

Die CDU/SPD-Landesregierung plant eine Reform des Kommunalrechts. Die Zeiten, in denen „Reform“ etwas Gutes bedeutete, sind längst vorbei. Bei Kommunalwahlen soll in Zukunft ein anderes Verfahren bei der Verteilung der Parlamentssitze angewandt werden. Beim derzeitigen Verfahren werden kleine Parteien oder Wählervereinigungen leicht bevorzugt. In einem Parlament mit 50 Sitzen reichen etwas weniger als 2% der Stimmen aus, um einen Sitz zu bekommen. Deswegen gibt es in vielen Parlamenten mehrere Fraktionen oder einzelne Abgeordnete. Für die gro-

ßen Parteien ist es ein Ärgernis, dass sie nicht mehr unter sich sind. Deswegen wollen CDU und SPD ein neues Auszählverfahren anwenden, bei dem mehr als 2% der Stimmen notwendig sind, um 2% der Sitze zu erreichen. Das reicht den Regierenden aber noch nicht aus. Auch Bürgerbegehren sollen eingeschränkt werden. Für wichtige Infrastrukturprojekte soll jede Bürgerbeteiligung ausgeschlossen werden. Schon jetzt werden Bürgerbegehren oft durch Verwaltungsgerichte verhindert, da sie angeblich gegen Landes- oder Bundesgesetze verstoßen oder die Finanzierung nicht

gesichert ist. Auch erfolgreiche Bürgerbegehren können Vorhaben nur um ein paar Jahre verzögern. Beim Lieblingsprojekt der Gießener Grünen, der Abholzung eines beliebten Spazierweges am Schwanenteich, waren zur Verhinderung bisher zwei Unterschriftenaktionen nötig. Jetzt läuft die Frist ab. Um die Bäume zu retten, sind wieder einige Tausend Unterschriften nötig. Wenn die Bürger aufbegehren oder bei Kommunalwahlen die falschen Parteien oder Gruppen wählen, hört auch auf kommunaler Ebene bei den Regierenden der Spaß auf.

Gernot Linhart

# Leserbrief: Schwarze Politik

Sie nennen sich selbst die Schwarzen. Und wer sich ihr Wahlprogramm ansieht, ahnt, für wen die Zukunft sehr schwarz werden wird.

Da bleibt nur abzuwarten, wer von denen, die nach der letzten Wahl "Mehr Fortschritt wagen" wollten, den Schwarzen dabei kräftig helfen wird.

Denn Merz und Söder beharren ja darauf, dass sich andere nach ihnen richten müssen. „Wir wollen eine Regierung führen ohne Streit“ sagt Merz.

Da fällt die FDP schon raus, sollten sie die 5% schaffen. Denn die ist verwöhnt. Die letzten Jahre hat sich die Partei nach Lindner gerichtet und sich damit selbst hingerichtet.

Das wird sich ändern. Und die Grünen? Werden die sich das antun? Noch-Kanzler Scholz gibt ja

indirekt die Richtung vor, wenn er sagt, dass er nicht als Vize-Kanzler zur Verfügung stehen wird. Das riecht stark nach „Hauptsache, wieder dabei“. Nebenbei kann man sich da noch als Retter aufspielen. Denn damit würde eine Beteiligung der AfD an einer Koalition verhindert. Was die SPD-Führung aber ausblendet, ist, dass es bei künftigen Wahlen für sie noch finsterner werden könnte.

Und die beiden Schwarzen?

"Hauptsache, wir leben in einem Deutschland, auf das wir wieder stolz sein können." Da fehlt nur noch "Hurra – hurra – hurra."

Besser hätte das die AfD auch nicht hinbekommen.

Da kann man nur noch Rot sehen.

Wolfgang Seibt

## Gießener Echo

**Hrsg.:** Kreisorganisation der DKP Gießen; **verantw.:** Gernot Linhart, erscheint monatlich.

**Bezugsgebühren:** 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

**Konto:** IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

**Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.**

**Rückmeldungen + Leserbriefe an:** Gießener Echo / DKP Gießen Postfach 110340, 35348 Gießen oder E-Mail: [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de) Internet: [www.giessen.dkp.de](http://www.giessen.dkp.de)



**DKP Gießen bei YouTube, Facebook und Instagram**

# Magdeburg – Die Menschen werden wie immer hinters Licht geführt

Am 20.12. kam es zu einem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg mit über 200 Verletzten und fünf Todesopfern.

Wie immer setzt die politische Debatte um eine Verschärfung der Sicherheitsgesetze ein. Bezüglich des Täters gab es wohl in jüngerer Vergangenheit mehrere Hinweise, dass er gefährlich sein könnte. Saudi-Arabien soll vor ihm gewarnt haben. Eine Gefährderansprache habe es durch die Polizei gegeben, aber offensichtlich keine weiteren Aktionen.

Vor allem die CDU sieht die Flüchtlingspolitik als zentrales Problem. Flüchtlinge müssten schneller abgeschoben bzw. wieder an der Grenze abgewiesen werden. Die Gesetze müssten entsprechend geändert werden. Mal wieder wird die generelle Speicherung von IP-Adressen ins Spiel gebracht. Merz warnt vor allem vor Gefahren des politischen Islamismus. *Blöderweise* war der Täter ein vehementer Gegner des Islam und des politischen Systems in Saudi-Arabien.

In den sozialen Medien äußerte er sich zu Deutschland wie folgt: „Deutschland jagt saudische Asyl-

suchende im In- und Ausland, um ihr Leben zu zerstören“, „Deutschland will Europa islamisieren“ – das sehen z.B. die AfD und Teile der CDU/CSU ähnlich. Das hört sich wirr an, aber allein dafür kann niemand verhaftet werden. Bei der berechtigten Empörung über solche Taten wird gerne vergessen, dass die ganze Diskussion letztlich auf folgendes hinausläuft: Menschen einsperren, weil sie vielleicht etwas tun wollen, nicht weil sie eine Tat begangen haben. Das ist der Kern der Verschärfung der

„Sicherheitsgesetze“: Vorratsspeicherung, verdachts-

unabhängige Überwachung von Millionen, die Möglichkeit politisch unliebsame Meinungen zu verbieten.

Magdeburg liefert wieder mal einen Vorwand für den weiteren Aufbau des autoritären kapitalistischen Überwachungsstaates.

Henning Mächerle

## So funktioniert Propaganda

1. Das Thema wird emotionalisiert
2. Das Thema wird als so komplex dargestellt, so dass sich nur „Experten“ auskennen
3. Es geht nicht um Fakten sondern um Prognosen
4. Ein öffentlicher Diskurs wird verboten. Es gibt nur eine „richtige“ Meinung. Alle anderen Meinungen werden diffamiert



# Ukraine – Hunderttausende könnten noch am Leben sein

Es zeichnet sich ein Ende des Krieges in der Ukraine ab. Selbst eine Lokalzeitung, wie der Gießener Anzeiger, veröffentlichte am 27.12. einen „Friedensplan für die Ukraine“. Wolfgang Richter (Stiftung Wissenschaft und Politik) nennt darin folgende Punkte: Feuereinstellung, demilitarisierte Zone, kein NATO-Beitritt, Gewaltverzicht, Teilaufhebung der Sanktionen.

Vor Wochen setzten die Medien noch auf einen Sieg der Ukraine. Jetzt wird so getan, als ob eine Friedenslösung immer schon der richtige Weg gewesen sei.

Die Opferzahlen unter den Soldaten sind unklar. Für die Zahl der zivilen Opfer gibt es Zahlen der UNO (30.11.2024): insgesamt 40.186 Tote (677 Kinder) und Verletzte (1.805 Kinder). Das Wall Street Journal (17.9.2024) geht von ca. 1 Million Toten und Verletzten auf beiden Seiten aus. Die Zahlen machen deutlich, dieser Krieg hat vor allem Opfer unter den Soldaten gefordert. Als Vergleich dazu die Zahlen aus dem Gaza-Krieg: 153.102 Tote und Verletzte, darunter überwiegend Frauen und Kinder.

Wäre ein Friedensschluss nicht viel früher möglich gewesen? Das wäre er!

Am 22.2.2022 marschierten russische Truppen in die Ukraine ein. Bereits am 28.2. begannen die ersten Waffenstillstandsverhandlungen. Am 29.3.2022 lag bei Verhandlungen in Istanbul ein Vertragsentwurf mit folgenden Punkten vor: Waffenstillstand, Abzug aller russischen Invasionstruppen, Neutralitätserklärung der Ukraine, Verbot ausländischer Militärstützpunkte, Sicherheits- und Beistandsgarantien, Sonderstatus der umstrittenen „Volksrepubliken“.

Der ehemalige Schweizer Botschafter in der Türkei Jean-Daniel Ruch bestätigt, dass es der Westen war – insbesondere "die Amerikaner mit ihren

britischen Verbündeten" – der "die Verhandlungen abgebrochen hat", als sie in Istanbul im März 2022 "kurz vor dem Erfolg" standen.

Nun wird die Ukraine Frieden zu schlechteren Konditionen schließen müssen, als es 2022 möglich gewesen wäre. 1 Millionen Tote und Verletzte später.

Henning Mächerle



## Besatzung ausgeweitet

Etwa ein Jahr nach Beginn des Krieges in Nahost kontrollieren die israelischen Streitkräfte (IDF) laut Schätzungen der Zeitung Haaretz ca. 26% der Fläche Gazas. Dabei schaffe das Militär die nötige Infrastruktur für eine langfristige Besatzung und Kontrolle der Region.

Neben der einen Kilometer breiten Pufferzone, die entlang der gesamten Grenze zwischen Israel und Gaza verläuft, wurde die sogenannte "Philadelphi Route" besetzt, um den Grenzübergang zu Ägypten zu kontrollieren. Ein 38km<sup>2</sup> umfassendes militärisches Sperrgebiet trennt zudem den Norden des Gazastreifens vom Süden und schneidet die Verbindung von Gaza-Stadt zu den größeren Städten Khan Yunis und Rafah im Süden ab. Teil dieser Sperrzone ist die Netzarim-Straße, die den Gazastreifen einmal durchquert und entlang derer die israelischen Streitkräfte wohl mehrere Militärbasen errichtet haben. Satellitenbilder zeigen, welche ungeheure Zerstörung die israelischen Truppen dabei hinterlassen haben. Ganze Siedlungen wurden dem Erdboden gleichgemacht.

Ein Großteil der Zivilbevölkerung befindet sich nach dem Aufruf der IDF zur Evakuierung des nördlichen Teils des Gazastreifens nun im südlichen Abschnitt. Viele Bewohner des Nordens sind jedoch von vorheriger Vertreibung heimgekehrt und befinden sich nun im abgeriegelten Norden. Die Befürchtung bleibt, dass Israels Militär zur Umsetzung des sogenannten "Plans der Generale" übergegangen ist. Der Plan sieht vor, den nördlichen Gazastreifen mithilfe einer kompletten Unterbindung der Zufuhr von Nahrungsmitteln, Treibstoff und Wasser endgültig menschenleer zu machen

und somit „zu säubern“. Jeder, der bleibe, gelte als Hamas-Kämpfer und könne entscheiden, sich zu ergeben oder zu verhungern.

Die Lage für die Einwohner des Gazastreifens wird von Tag zu Tag desaströser. Eine lückenlose umfassende Beurteilung des Umfangs der Verbrechen bleibt nicht zuletzt aufgrund der Verbannung der Presse aus dem Kriegsgebiet schwierig.

M. La.

### Quellen:

- <https://www.jungewelt.de/artikel/486116>
- <https://www.tagesspiegel.de/internationales/wird-der-norden-gazas-ausgehungert-der-sogenannte-plan-der-generale-12518162.html>
- <https://www.haaretz.com/israel-news/security-aviation/2024-11-13>

# Weltklimakonferenz – Fortschritte bleiben aus

„Erdöl und Erdgas sind ein Geschenk Gottes“. Was ist von einer Klimakonferenz zu erwarten, die mit einer solchen Aussage des Konferenzleiters beginnt? Milliarden Menschen, die von klimabedingten Katastrophen und vom steigenden Meeresspiegel bedroht sind, wissen, dass es sich um ein vergiftetes Geschenk handelt. Aserbaidschan, ein Öl und Gas exportierendes Land, in dem Menschenrechte und Völkerrecht wenig gelten (Vertreibung von 120.000 Armeniern im Vorjahr), ist kaum der geeignete Ort für eine Veranstaltung, bei der Maßnahmen zum Stopp der Erderwärmung beschlossen werden sollten. Schon der erste Beschluss war fragwürdig. Er soll den Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten regeln. Mit diesen Zertifikaten wird für viel Geld heutiger CO<sub>2</sub>-Ausstoß mit CO<sub>2</sub>-Einsparungen verrechnet, die irgendwann und irgendwo durch Erhalt oder Neupflanzung von Wäldern oder andere fragwürdige Maßnahmen erreicht werden sollen. Die meiste Zeit der Konferenz wurde dafür aufgewandt, die Finanzierung von Hilfsmaßnahmen für arme Länder zu regeln. Es wurden zwar große Beträge bis zu 250 Mrd. Dollar jährlich verhandelt, rechtsverbindlich sind aber diese

Zusagen nicht.

Nach der Klimakonferenz fanden drei weitere internationale Konferenzen zu globalen Umweltproblemen statt. Dort ging es um die Bedrohung der Artenvielfalt, der Verschmutzung von Land, Flüssen und Meeren durch Kunststoffmüll und um die Ausbreitung von Wüsten. Sie alle endeten wie die Klimakonferenz: es gab in keinem Fall rechtsverbindliche Beschlüsse zur Verringerung der offensichtlichen Gefahren. Der Grund liegt auf der Hand: Umwelt- und Klimaprobleme haben für die westlichen Industriestaaten keine Priorität. Sie wollen vor allem die sogenannte regelbasierte Weltordnung erhalten, in der sie die Regeln bestimmen. Da ihre wirtschaftliche Kraft nicht mehr ausreicht um zu dominieren, setzen sie auf Konfrontation, Sanktionen und militärische Stärke.

Zur Erhaltung der Lebensgrundlagen der Menschheit wäre aber internationale Zusammenarbeit und gegenseitiges Vertrauen nötig. Nur eine starke internationale Umwelt- und Friedensbewegung könnte den Katastrophenkurs der vom Großkapital an die Macht gebrachten Politiker stoppen.

Gernot Linhart

Wie in der Presse zu lesen war, war auch die Gießener Landrätin Anita Schneider auf der Weltklimakonferenz in Baku. Was machte sie dort? Konnte sie etwas Wirksames zum Stopp der Erderwärmung beitragen? Brachte sie brauchbare Ideen für die Verbesserung der Klimapolitik im Kreis Gießen mit? Wahrscheinlicher ist, dass sie dort eine der vielen Tausend „Adabeis“ (österreichisch: auch dabei) war, die aus einem sinnvollen Treffen von Experten und Entscheidern ein Mega-Event machten, das vor allem die Kassen von Hotelkonzernen und Fluggesellschaften füllte.

## Rekordausgaben für Waffen

894 Mrd. Dollar – so hoch sind die Ausgaben für das US-Militär im gerade beschlossenen Haushalt 2025. Das sind mehr als 40% der globalen Ausgaben für diesen Zweck. Daneben verpflichtet die US-Regierung alle verbündeten Staaten

zur Erhöhung ihrer eigenen Militärausgaben. Die wirtschaftliche Kraft dieses Staatenblockes reicht schon lange nicht mehr aus, um die weltweite „regelbasierte Weltordnung“ zu sichern. Die Regeln wollen die USA und ihre Verbündeten alleine

bestimmen, ohne Verpflichtung, sich selbst daran zu halten. „Ich regiere die Welt“ und „Unsere Gesetze gelten überall“ sind zwei Aussagen des scheidenden US-Präsidenten Biden, die im vergangenen Jahr bekannt wurden. Nur mit sehr hohen Rüstungsausgaben kann dieser Anspruch noch einige Zeit aufrechterhalten werden.

Gernot Linhart



## Kriegsfolgen

Krieg ist zuerst die **Hoffnung**, dass es einem besser gehen wird, hierauf die **Erwartung**, dass es dem anderen schlechter gehen wird, dann die **Genugtuung**, dass es dem anderen auch nicht besser geht, hernach die **Überraschung**, dass es beiden schlechter geht.

Karl Kraus

(Aus der Zeitung „Wostok – Informationen aus dem Osten für den Westen“)



## Termine

Fragen oder Anmeldungen an [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de)

**Do. 16.1. um 18:30 Uhr:**

Kai Degenhardt – politischer Liedermacher, Georg-Büchner-Saal in der Alten Universitätsbibliothek, Bismarckstraße 37

**Mi. 22.1.:**

Redaktionsschluss Feb.-Echo

**Do. 23.1. um 19 Uhr:**

Gruppenabend DKP Gießen, Winchester-Zimmer

**Fr. 31.1. ab 19 Uhr:**

Stammtisch DKP GI, Chamäleon, Reichensand 9

**Sa. 1.2. ab 10:30 Uhr:**

Kundgebung / Infostand DKP GI, Kugelbrunnen

**Sa. 1.2. um 11:45 Uhr:**

Demo gegen die geplanten Kürzungen im Landeshaushalt; Treffpunkt: Yok Yok City Kiosk (vor dem Kaisersack gegenüber vom Hauptbahnhof **Frankfurt**)

### Termine 2025 vormerken

**Sa. 29.3.:**

Aktionstag gegen Kriegszentrale in Wiesbaden

**Sa. 16.8. ab 15 Uhr:**

Sommerfest der DKP Gießen

## Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** berichteten wir von einer Preislawine für die Gießener Bevölkerung. Zum Jahresanfang 1975 wurden nicht nur Strom, Wasser und Nahverkehr teurer, auch die Kosten für Müllabfuhr und Straßenreinigung stiegen deutlich. Darüber hinaus erhöhte auch die Wohnbau viele Mieten. Damals mussten Kostensteigerungen für kommunale Leistungen noch vom Stadtparlament beschlossen werden – die Stadtverordneten der SPD stimmten allem zu.

Vor **40 Jahren** lag die Arbeitslosigkeit im Kreis Gießen bei 10%. Trotzdem mussten viele Beschäftigte, vor allem in Metallbetrieben, Überstunden schieben. Noch kurz davor waren Leute wegen fehlender Aufträge entlassen worden. Statt sie wieder einzustellen, ordneten die Betriebsleitungen Überstunden an.

Vor **30 Jahren** standen mehrere Gießener Einzelhandelsbetriebe vor der Pleite. Besonders bei Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren waren die Umsätze deutlich gesunken. Da die Gewerkschaften in den Vorjahren nur geringe Lohnsteigerungen durchsetzen konnten, fehlte die Kaufkraft.

Vor **20 Jahren** traten die Hartz-Gesetze in Kraft. Die Senkung der Sozialleistungen betraf auch viele Mieter der Wohnbau. In der Dezember-Aus-

gabe des Wohnbau-Magazins wurde trotzdem ein Loblied auf Hartz IV gesungen. In einem Artikel wurde behauptet, mit Hartz IV bestünde ein Rechtsanspruch auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Gemeint waren damit die 1-Euro-Jobs, zu denen Hartz-IV-Bezieher gezwungen werden konnten. Auch die Gefahr von Zwangsumzügen wegen "zu großer" Wohnungen wurde heruntergespielt.

Vor **10 Jahren** lag nach vielen Ankündigungen der Entwurf für eine Gießener Satzung zur Bürgerbeteiligung vor. Ermöglicht wurden Bürgerbegehren, Bürgerversammlungen, Bürgerfragestunden und eigene Anträge ans Stadtparlament. Die Praxis hat danach gezeigt, dass Bürgerbeteiligung bei wichtigen Fragen juristisch abgewürgt wird. Später wurde diese Satzung vom Verfassungsgerichtshof für ungültig erklärt. Bürgerbeteiligung wurde auf das von der Hessischen Gemeindeordnung vorgesehene Maß beschränkt.

## DKP unterstützt Nein zur Wehrpflicht!



<https://www.openpetition.de/petition/online/gegen-eine-wiedereinfuehrung-der-wehrpflicht-und-anderer-zwangsdienste>

Stopp des Gesetzentwurfes zur Modernisierung wehrersatzrechtlicher Vorschriften und zur Einführung eines neuen Wehrdienstes – für die Selbstbestimmung Jugendlicher!

**81% der Jugendlichen hat Angst vor Krieg (Shell Jugendstudie 2024).**

## Kriegstüchtig – ohne uns!

Gegen die Stationierung der US-Raketen!

Frieden, Arbeit, Demokratie

Für antiimperialistische Solidarität und Sozialismus!

Wir wünschen ein kämpferisches

**2025!**



**Mach mit! Werde Mitglied in der **DKP** oder **SDAJ****